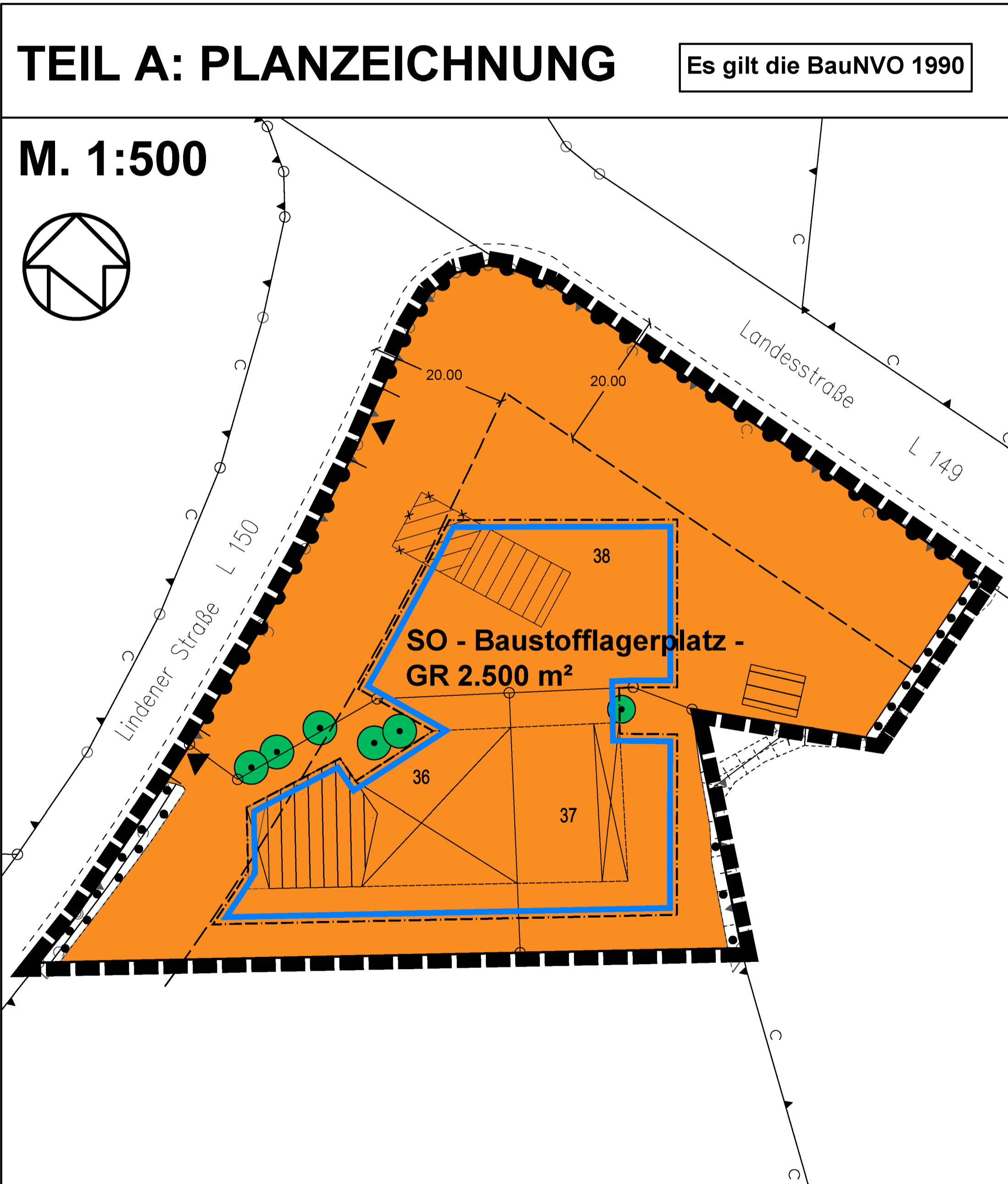


# SATZUNG DER GEMEINDE GLÜSING ÜBER DEN VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLAN NR. 2

## FÜR DAS GEBIET "WESTLICH DER LINDENER STRASSE (L 150) UND SÜDLICH DER LANDESSTRASSE L 149

## FÜR DAS GRUNDSTÜCK LINDENER STRASSE 1"



### ZEICHENERKLÄRUNG:

Planzeichen	Erläuterung	Rechtsgrundlage
-------------	-------------	-----------------

### I. FESTSETZUNGEN NACH § 9 BAUGB UND BAUNVO 1990

	<b>Art der baulichen Nutzung</b>	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
<b>SO</b>	Sonstiges Sondergebiet - Baustofflagerplatz -	§ 10 BauNVO
GR 2.500 m²	<b>Maß der baulichen Nutzung</b>  Grundfläche als Höchstmaß, z. B. 2.500 m²	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB u. §§ 16 u. 17 BauNVO
	<b>Überbaubare Grundstücks- flächen</b>	§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB u. § 23 BauNVO
	<b>Baugrenze</b>	
	<b>Ein- bzw. Ausfahrten</b>	§ 9 Abs 1 Nr. 11 BauGB
	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt	
	Ein- und Ausfahrt L 150	
	<b>Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft</b>	§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB
	Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB
	Flächen zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen - Knick -	§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB
	<b>Sonstige Planzeichen</b>	
	Grenze des räumlichen Geltungs- bereiches des Bebauungsplans	§ 9 Abs. 7 BauGB

### II. DARSTELLUNG OHNE NORMCHARAKTER

36	Flurstücksbezeichnung, z.B. 36
	vorhandene Flurstücksgrenzen
	vorhandene Gebäude
	künftig entfallene Gebäude

### III. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

	Grenze der Anbauverbotszone	§ 29 StrWG
	Knick	§ 21 LNatSchG

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 27 - 06 - 2011 und mit Genehmigung des Landrats des Kreises Dithmarschen vom folgende Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2 für das Gebiet "westlich der Lindener Strasse (L 150) und südlich der Landesstrasse L 149 für das Grundstück Lindener Strasse 1" bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:

## TEIL B: TEXT

### 1. ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Sonstiges Sondergebiet - SO - Baustofflagerplatz

Zulässig sind:

- Handel mit Böden und Sanden,
- Lagern von Bauhölzern, Kiesen und Sanden,
- Unterstand für Maschinen- und Betriebsfahrzeuge,
- sortenreine Lagerung, Aufbereitung und Behandlung von Abfällen wie z.B. mineralische Abfälle, Altholz, Bitumendachbahn, Straßenaufbruch ohne Teer, Metalle, Kunststoffe/ Folie, Mineralwolle,
- Schreddern von Bauhölzern durch Holzerkleinerer, ,
- mit den Hauptnutzungen im Zusammenhang stehende Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsräume, sowie Sozialräume für Mitarbeiter,
- max. 1 Betriebsleiterwohnung,
- Stellplätze für den durch die zugelassenen Nutzungen verursachten Bedarf.

### 2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Die Überschreitung des Maßes der baulichen Nutzung durch Grundflächen der in § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO aufgeführten Anlagen ist bis zu einem maximalen Versiegelungsgrad von 70 v. H. der Gesamtgrundfläche allgemein zulässig (§ 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO).

### 2. HÖHE BAULICHER ANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO)

Die maximal zulässige Firsthöhe wird mit 10,50 m über der mittleren Höhenlage der zugehörigen Erschließungsfläche festgesetzt.

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 14 - 03 - 2011. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck im Bekanntmachungsblatt (Informationsdienst) am 28 - 03 - 2011 erfolgt.
- Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wurde am 14 - 03 - 2011 durchgeführt.
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gem. § 4 Abs. 1 i.V.m. § 3 Abs. 1 BauGB am 10 - 03 - 2011 unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
- Die Gemeindevertretung hat am 14 - 03 - 2011den Entwurf des B-Planes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
- Der Entwurf des B-Planes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 19 - 04 - 2011 bis 20 - 05 - 2011 während der Dienstzeiten nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, am 11 - 04 - 2011 im Bekanntmachungsblatt (Informationsdienst) ortsüblich bekannt gemacht.
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gem. § 4 Abs. 2 BauGB am 06 - 04 - 2011 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Glüsing, den

BÜRGERMEISTER

- Der katastermäßige Bestand am sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.

Meldorf, den

- Die Gemeindevertretung hat die Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am 27 - 06 - 2011 geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.

Glüsing, den

BÜRGERMEISTER

- Die Gemeindevertretung hat den B-Plan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) am 27 - 06 - 2011 als Satzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss gebilligt.

Glüsing, den

BÜRGERMEISTER

- Die Gemeindevertretung hat die Nebenbestimmungen durch den satzungsändernden Beschluss vom erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Der Landrat des Kreises Dithmarschen hat die Erfüllung der Nebenbestimmungen mit Bescheid vom Az.: bestätigt.

Glüsing, den

BÜRGERMEISTER

- Die B-Plansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausfertigt und ist bekannt zu machen.

Glüsing, den

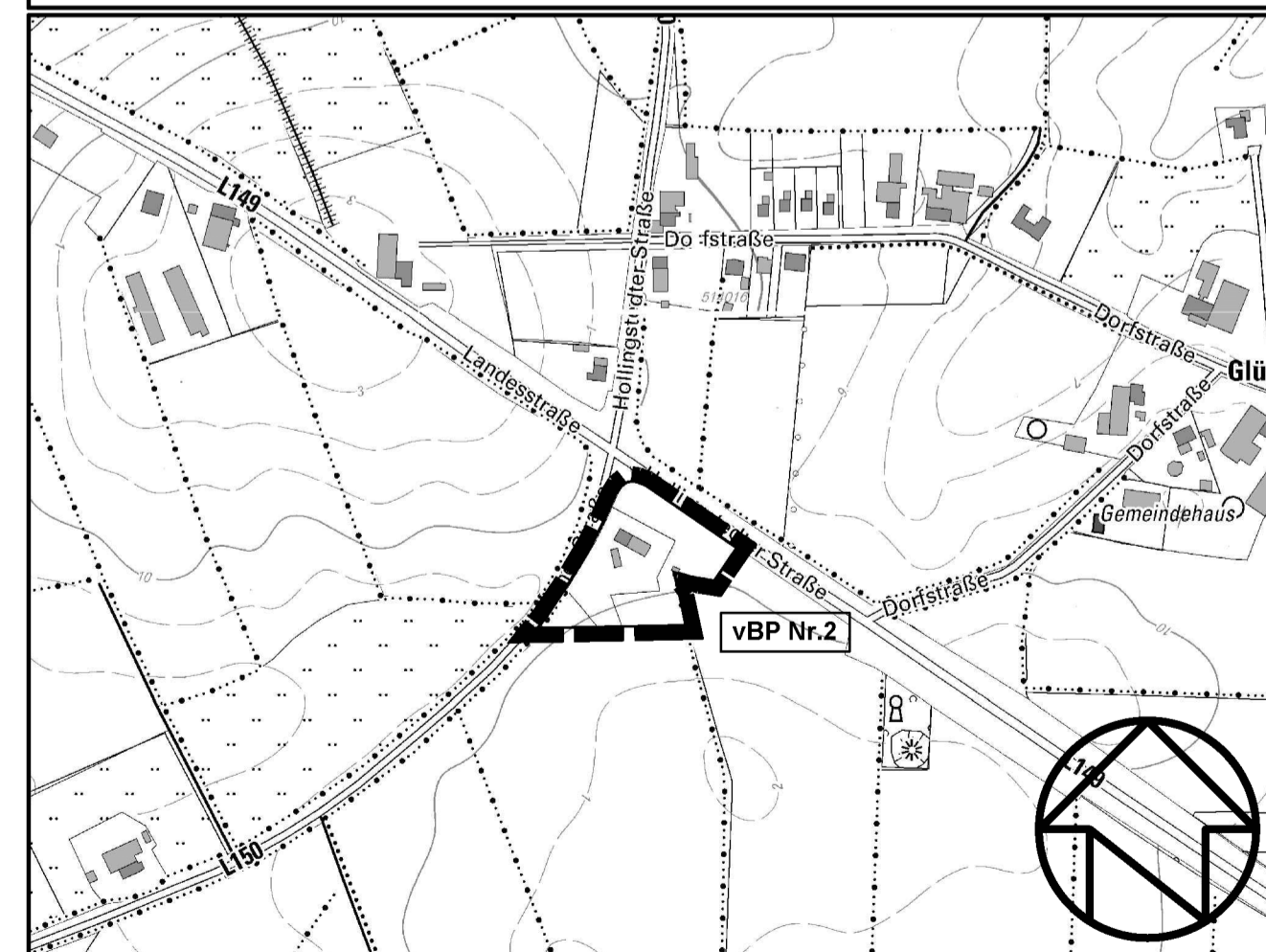
BÜRGERMEISTER

- Die Erteilung der Genehmigung des B-Planes sowie die Stelle, bei der der Plan, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung auf Dauer während der Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr von allen Interessierten eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, wurden am ortsüblich bekannt gemacht. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung einschließlich der sich ergebenden Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) sowie auf die Möglichkeit, Entschädigungsansprüche geltend zu machen und das Erlöschen dieser Ansprüche (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Auf die Rechtswirkungen des § 4 Abs. 3 GO wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mithin am in Kraft getreten.

Glüsing, den

BÜRGERMEISTER

## SATZUNG DER GEMEINDE GLÜSING ÜBER DEN VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLAN NR. 2 FÜR DAS GEBIET "WESTLICH DER LINDENER STRASSE (L 150) UND SÜDLICH DER LANDESSTRASSE L 149 FÜR DAS GRUNDSTÜCK LINDENER STRASSE 1"



### ÜBERSICHTSPLAN

M. 1:5000